

Handelsblatt.com

19.01.2009

Initiative zur „Außenwissenschaftspolitik“

Deutsche Schulen und Universitäten für die Welt

von [Andreas Rinke](#) und Barbara Gillmann

Die Bundesregierung stockt den Etat für auswärtige Kultur- und Wissenschaftspolitik um zehn Prozent auf. Mit dem Wettbewerb um die klügsten ausländischen Köpfe reagiert die Regierung auf Forderungen der Wirtschaft, ausländische Eliten dauerhaft an Deutschland zu binden.



Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, will mehr ausländische Studenten nach Deutschland locken. Foto: ap

BERLIN. Mehr deutsche Schulen und Universitäten im Ausland sowie mehr Stipendien für ausländische Schüler und Studenten – mit einer breit angelegten Initiative will die Bundesregierung in den weltweiten Kampf um Nachwuchskräfte ziehen. Dazu werden in diesem Jahr nicht nur die Ausgaben für die auswärtige Kultur- und Wissenschaftspolitik kräftig erhöht. Deutsche Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollen künftig im Ausland stärker gemeinsam auftreten.

Damit reagiert die Politik auf Forderungen der Wirtschaft, die seit langem warnt, Deutschland müsse stärker um Nachwuchs aus dem Ausland kämpfen. Denn aus demographischen Gründen wird es immer schwerer werden, den Bedarf an hochqualifizierten Kräften aus dem Inland zu decken, warnen der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK), der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), aber auch die deutschen Wissenschaftsorganisationen. International hat zwischen den Industriestaaten längst ein Rennen um die besten Köpfe eingesetzt.

Vor allem US-Universitäten sind seit Jahren dabei, in Wachstumsmärkten Ableger zu gründen. Dies sichert ihnen Einnahmen aus Studiengebühren. Die Ableger sind aber auch zum Pool für den wissenschaftlichen Nachwuchs geworden. Zudem wird das amerikanische Curriculum verstärkt ins Ausland übertragen, was guten Studenten und Nachwuchskräften

anschließend den Umzug in die USA erleichtert. Deutsche Universitäten hinken bei diesen Ausgründungen bisher hinter her.

Heute soll im Außenministerium deshalb der Startschuss für eine neue Initiative zur „Außenwissenschaftspolitik“ gegeben werden. Neben Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) nehmen daran Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) sowie die Chefs der wichtigsten deutschen Wissenschaftsorganisationen teil. Der Kulturetat des Auswärtigen Amtes, in dem die meisten Aktivitäten gebündelt sind, wird zum dritten Mal in Folge erheblich angehoben – diesmal um 10,3 Prozent auf 726 Millionen Euro.

Die Außenwissenschaftspolitik ist dabei bereits der dritter Teil einer großangelegten Strategie, die das deutsche Auftreten in der Welt insgesamt stärken soll. So waren in dieser Legislaturperiode in einem ersten Schritt zunächst der Ausbau der Goethe-Institute, des Auslandssenders „Deutsche Welle“ und der deutschen Sprachausbildung angegangen worden. Vor allem in den Schwellenländer verzeichnen die Kulturinstitute mittlerweile eine erhebliche Nachfrage nach Deutsch.

Um ausländische Eliten dauerhaft an Deutschland zu binden, werden in einem zweiten Schritt die deutsche Auslandsschulen massiv ausgebaut. Denn immerhin ein Viertel der Absolventen kommt später zum Studium nach Deutschland.

Tatsächlich explodiert die Entwicklung in diesem Bereich geradezu. Bereits innerhalb eines Jahres wurde das von Steinmeier im Februar 2008 ausgerufene mittelfristige Ziel erreicht, die Zahl der deutschen Partnerschulen im Ausland zu verdoppeln. Ende 2008 betrug sie bereits 1066 (2007: 557). Mittlerweile können nicht mehr alle Anträge aus Ländern wie etwa Indien bearbeitet werden, weil der Etat trotz einer Aufstockung ausgeschöpft ist.

Dabei stieg allein die Zahl der deutschen Vollschohlen im vergangenen Jahr um 15 Neugründungen auf 132. Diese Schulen, die nach Lehrplänen der Bundesländer Baden-Württemberg oder Thüringen unterrichten, werden vor allem für die global aufgestellten deutschen Firmen immer wichtiger. Denn Mitarbeiter können meist nur dann für einige Jahre ins Ausland entsandt werden, wenn für deren Kinder die Möglichkeit einer Ausbildung nach deutschen Lehrplänen angeboten wird. Der Bund zahlt für diese Schulen, die meist Schulgeld erheben, die Lehrkräfte.

Noch schneller stieg die Zahl der Partnerschaften mit Schulen, in denen zumindest Deutsch in Abiturniveau unterrichtet oder aber Deutsch-Sprachzweige aufgebaut werden.

Nun wird das dritte Standbein gestärkt: So forcieren Steinmeier und Schavan die Gründung bilateraler deutscher Universitäten und gemeinsamer „Wissenschaftshäuser“ im Ausland. Derzeit entstehen solche Hochschulen etwa in Vietnam oder der Türkei. Sehr oft haben sie wie die deutsch-kasachische Universität einen technischen Schwerpunkt und dienen Firmen als Rekrutierungspool für ihre Auslandsvertretungen.

Dementsprechend groß ist der Druck der Politik auf Unternehmen, sich ebenfalls zu beteiligen. „Die öffentlichen Kassen können die Internationalisierung allein nicht tragen“, hatte Außenminister Steinmeier gemahnt. Meist fließt private Hilfe dabei in die örtlichen Trägervereine der Schulen und Universitäten. So hat der Baukonzern Hochtief etwa die neue Schule in Katar mit finanziert. Die Regierung hatte Firmen auch aufgefordert, mehr Stipendien für ausländische Studenten oder aber Lehrstühle an den deutschen Auslandsuniversitäten zu stiften.

Sechs Fragen an: Annette Schavan

„Wettbewerb um internationale Studenten“

Deutschland konkurriert um die besten Köpfe. Wer sind die wichtigsten Wettbewerber?

Unsere wichtigsten Konkurrenten sind die USA, Großbritannien und Frankreich. Deutschland ist im Wettbewerb mit diesen Ländern um internationale Studierende und Wissenschaftler sehr gut aufgestellt. Allerdings müssen wir noch stärker werden, um unsere Position zu halten und auszubauen. Viele Länder schließen mit großen Investitionen in ihre Wissenschaftsinfrastruktur in die Spitzengruppe auf. Deshalb verfolgt die Bundesregierung eine Strategie zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung.

Sie wollen mehr ausländische Studenten anlocken. Ihre Zahl stagniert seit Jahren bei knapp 190 000. Wo ist das Ziel?

Unsere zunächst gesetzte Zielmarke von zehn Prozent ausländischer Studierender in Deutschland haben wir mit 9,5 Prozent praktisch erreicht. Der Zuwachs seit dem Start unseres strategisch angelegten neuen Hochschul-Marketings Anfang des neuen Jahrtausends beträgt rund 41 Prozent. Weltweit liegen wir hinter den USA und Großbritannien an dritter Stelle der Gastländer für ausländische Studierende. Das bedeutet: Deutschland behauptet sich in einem sehr hart umkämpften Markt.

Viele klagen, dass sie nach dem Studium kaum bleiben können.

Jeder ausländische Studierende, der in Deutschland Studium oder Promotion erfolgreich abschließt, kann danach zunächst für ein Jahr in Deutschland bleiben. Findet er in diesem Jahr einen seiner Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz, steht auch einem weiteren Aufenthalt in Deutschland nichts im Wege. Seit Oktober ist zudem keine Prüfung mehr erforderlich, ob für den Arbeitsplatz Deutsche oder EU-Bürger verfügbar sind.

Büßt Deutschland mit Gebühren an Attraktivität ein?

Nein, im Gegenteil: Wenn wir mit Einnahmen aus Studiengebühren die Studienbedingungen an unseren Hochschulen verbessern, werden wir ihre internationale Attraktivität sogar steigern. Im Vergleich mit den Gebühren an anderen beliebten Hochschulstandorten wie den USA, Großbritannien oder Australien sind die deutschen Studiengebühren ohnehin sehr niedrig. Im Übrigen übernimmt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) teilweise auch die Studiengebühren.

Gestandene Spitzenforscher kriegt man nur mit viel Geld.

Spitzenforscher erwarten außer einem hohem Gehalt vor allem auch ein weltoffenes, internationales Arbeitsumfeld, das ihnen adäquate Forschungsmöglichkeiten bietet. Beides können deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen mittlerweile leisten. Für die Besoldung von Professoren sind seit der Föderalismusreform ausschließlich die Länder zuständig. Manche Landespolitiker schaffen den Vergaberahmen derzeit ab, der eine Obergrenze für Professorengehälter vorsieht. Das unterstützen wir. Eine ähnliche Anstrengung unternimmt der Bund für die Forschungsorganisationen in der Wissenschaftsfreiheitsinitiative.

Streben Wissenschaftsorganisationen und Hochschulen ausreichend ins Ausland?

Deutsche Hochschulen haben einen wahren Internationalisierungsschub durchgemacht. Zu den wichtigsten Instrumenten gehören das Marketing im Hochschulkonsortium GATE und ein DAAD-Programm, mit dem deutsche Hochschulen weltweit ihre Studienangebote anbieten oder mit Partnerländern Hochschulen aufbauen – etwa die German University in Kairo oder die German Jordanian University. Beide Projekte fördern wir.

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/deutsche-schulen-und-universitaeten-fuer-die-welt;2129325>